



Bericht

der Landesregierung - Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa
und Verbraucherschutz

**Bericht der Landesregierung über das Arbeitsprogramm der Europäischen
Kommission für das Jahr 2023**

1. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2023

Die Europäische Kommission (KOM) legt grundsätzlich im 4. Quartal eines Jahres ihr Arbeitsprogramm (AP) für das folgende Jahr vor. Das Programm umfasst die politischen Prioritäten und die von der KOM geplanten Initiativen.

Das AP KOM 2023 ist am 18.10.2022 von der KOM beschlossen und veröffentlicht worden. Es steht unter dem Titel „Eine entschlossen und geeint vorgehende Union“.¹

Das AP geht auf die „Politischen Leitlinien 2019-2024“ zurück, die Kommissionspräsidentin von der Leyen im Juli 2019 vorgelegt hatte.² Es berücksichtigt auch die Grundsätze ihrer Rede zur Lage der Union 2022 und die damit verbundene Absichtserklärung vom September 2022 zu den wichtigsten neuen Initiativen der KOM für das kommende Jahr.³ Die Abschnitte des AP spiegeln die in diesen wegweisenden Dokumenten dargelegten sektorübergreifenden „politischen Prioritäten“ der KOM für die kommenden Jahre wider und umfassen, wie bereits im AP KOM 2022, die Themen:

- Ein europäischer Grüner Deal.
- Ein Europa für das digitale Zeitalter.
- Eine Wirtschaft im Dienst der Menschen.
- Ein stärkeres Europa in der Welt.
- Förderung unserer europäischen Lebensweise.
- Neuer Schwung für die Demokratie in Europa.

Die KOM listet in ihrem AP 43 neue politische Initiativen legislativer und nicht-legislativer Natur zur weiteren Umsetzung ihrer o. a. politischen Ziele auf.

Die neuen Initiativen sollen dazu beitragen, die Folgen der Ukraine Krise für Menschen und Unternehmen zu mildern und die Europäische Union widerstandsfähiger zu machen. Zugleich soll der europäische grüne und digitale Wandel weiter vorangetrieben werden, und der Schutz der Grundwerte der Union, insbesondere von demokratischen Strukturen, soll gestärkt werden.

Das AP KOM 2023 orientiert sich nach Aussage der KOM auch weitestgehend an den Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft Europas. Auch Vorschläge, die unmittelbar auf den Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger beruhen, sind im AP enthalten.

¹ COM (2022) 548 final vom 18.10.2022.

² https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf

³ https://state-of-the-union.ec.europa.eu/index_de

Die KOM beabsichtigt, auch künftig das Engagement der Bürgerinnen und Bürger als wichtigen Bestandteil der europäischen Politikgestaltung zu berücksichtigen. Aufbauend auf den Ergebnissen des Konferenzprozesses zur Zukunft der Union beabsichtigt die KOM, die angekündigte neue Generation von Bürgerforen und ihre Ergebnisse in die politischen Willensbildungsprozesse auf europäischer Ebene einzubinden.

Darüber hinaus kündigt die KOM in Anhang II die Überprüfung zentraler Aspekte bestehender Rechtsvorschriften mit dem Ziel der Vereinfachung an (insgesamt 8 sog. „REFIT-Initiativen“). In Anhang III werden 116 überwiegend bereits in den Vorjahren vorgeschlagene Maßnahmen als besonders vorrangig eingestuft. Im Anhang IV ist ein anhängiger Gesetzgebungsvorschlag aufgelistet, die die KOM bis Mai 2023 zurücknehmen will. Im Anhang V ist eine Richtlinie verzeichnet, die die KOM aufzuheben beabsichtigt, da sie 2006 ausgelaufen ist.

2. Landespolitische Auswertung und Verfahren zur Zusammenarbeit mit dem Landtag

Auf der Grundlage der *„Vereinbarung zwischen dem Landtag Schleswig-Holstein und der Landesregierung Schleswig-Holstein über die Konsultation des Landtags im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung nach Artikel 6 bis 8 des Protokolls zum Vertrag von Lissabon über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union“* (Drs. 17/1849 neu) ist das AP KOM 2023 dem Landtag zugeleitet worden.

Im Rahmen halbjährlich durchzuführender gemeinsamer Sitzungen identifizieren Landtag und Landesregierung einvernehmlich diejenigen Vorhaben der KOM, die für das Land von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind und wesentliche Interessen des Landes unmittelbar berühren. Die Landesregierung übermittelt zu diesen Vorhaben, sobald zu ihnen konkrete Vorschläge von der KOM vorgelegt werden, schriftliche Auswertungen an den Landtag.

3. Liste der von der Landesregierung identifizierten landespolitisch relevanten Maßnahmen

Die Liste der vorgeschlagenen Maßnahmen, die voraussichtlich von herausgehobener landespolitischer Bedeutung sind, soll insbesondere einen frühzeitigen Abgleich von Prioritäten und die Sicherstellung einer Positionierung des Landes in Bezug auf Vorhaben der KOM gewährleisten. Sie stellt zugleich eine Grundlage für die Abstimmung mit dem Landtag dar, zu welchen konkreten Kommissionsvorschlägen – nach deren

Vorlage – die Landesregierung dem Landtag eine Auswertung und ggf. weitere Informationen übermitteln wird.

Die Ergebnisse dieser Auswertungen werden sowohl in das Bundesratsverfahren wie auch in weitere Maßnahmen der Interessenvertretung des Landes einfließen.

Aufgrund der allgemein und äußerst knapp gehaltenen Darstellung der einzelnen Initiativen im AP KOM 2023 ist eine detaillierte Abschätzung der Folgewirkungen für Schleswig-Holstein gegenwärtig nur bedingt möglich.

Nachstehende Maßnahmen wurden von der Landesregierung identifiziert und sollen als Grundlage für die weitere Abstimmung mit dem Landtag dienen:

Anhang I: neue Initiativen

Nr.	Politisches Ziel	Initiativen	Ressort(s)
Ein Europäischer Grüner Deal			
1	Strommarkt	Überarbeitung der EU-Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 194 AEUV, 1. Quartal 2023)	MEKUN
2	Erneuerbarer Wasserstoff	EU-Wasserstoffbank (legislativ oder nicht legislativ, 3. Quartal 2023)	MEKUN
3	Abfallreduzierung	Überarbeitung der Aspekte Lebensmittelverschwendung und Textilien in der EU-Abfallrahmenrichtlinie (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 191 und Art. 192 AEUV, 2. Quartal 2023)	MEKUN
4	Neue genomische Verfahren	Rechtsvorschriften in Bezug auf Pflanzen, die nach bestimmten neuen genomischen Verfahren produziert werden (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, 2. Quartal 2023, Reaktion auf den „Artikel 241 AEUV“-Beschluss (EU) 2019/1904 des Rates „Ersuchen an die Kommission, eine Untersuchung zu dem Status neuartiger genomischer Verfahren im Rahmen des Unionsrechts sowie – falls angesichts der Ergebnisse der Untersuchung angemessen – einen Vorschlag zu unterbreiten“)	MLLEV - Abt. 2

Nr.	Politisches Ziel	Initiativen	Ressort(s)
5	Tierwohl	Tierwohl – Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 43 und Art. 114 AEUV, 3. Quartal 2023)	MLLEV - Abt. 2
7	Gesunde Böden	Initiative für den Schutz, die nachhaltige Bewirtschaftung und die Wiederherstellung von Böden in der EU (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 192 Abs. 1 AEUV, 2. Quartal 2023)	MEKUN
Ein Europa für das digitale Zeitalter			
11	KMU-Entlastung	Überarbeitung der Zahlungsverzugsrichtlinie (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, 3. Quartal 2023)	MWVATT
Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen			
20	Mehrfähriger Finanzrahmen	Überprüfung der Funktionsweise des mehrjährigen Finanzrahmens, möglicherweise einschließlich einer Überarbeitung (nicht legislativ und/oder legislativ, Art. 312 und Art. 295 AEUV, 2. Quartal 2023)	MLLEV – Abt. 4
21	Wirtschaftspolitische Steuerung	Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung (legislativ oder nicht legislativ, 1. Quartal 2023)	MWVATT
22	Eigenmittel	Zweites Paket neuer Eigenmittel (legislativ, Art. 311 und Art. 322 AEUV, 3. Quartal 2023)	MWVATT

23	Unternehmensbesteuerung	Unternehmen in Europa: ein Rahmen für die Unternehmensbesteuerung (BEFIT) (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 115 AEUV, 3. Quartal 2023)	FM
27	Paket zur Sozialwirtschaft	<p>a) Empfehlung des Rates zur Entwicklung von Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft (nicht legislativ, 2. Quartal 2023)</p> <p>b) Gesetzgebungsinitiative zu grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Vereinen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, 2. Quartal 2023, Reaktion auf die „Artikel 225 AEUV“-Entscheidung P9_TA(2022)0044 „Statut für länderübergreifende europäische Vereine und Organisationen ohne Erwerbszweck“)</p>	FM
Ein stärkeres Europa in der Welt			
30	Sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension der Weltraumpolitik	Gemeinsame Mitteilung über eine EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung (nicht legislativ, 2. Quartal 2023)	MWVATT
Förderung unserer europäischen Lebensweise			
35	Legale Migration	Anerkennung von Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen (nicht legislativ und/oder legislativ, 3. Quartal 2023)	MWVATT
Neuer Schwung für die Demokratie in Europa			

Anhang II: REFIT-Initiativen⁴

Nr.	Bezeichnung	Vereinfachung - Ziele und Potenziale (kurze Beschreibung der REFIT-Ziele der Überarbeitungen und des Vereinfachungspotenzials im Hinblick auf Evaluierungen und Eignungsprüfungen)	Ressort(s)
Ein europäischer Grüner Deal			
1	Überarbeitung der REACH-Verordnung: gezielte Änderungen der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe	Mit dieser gezielten Überarbeitung, die in der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit und im Null-Schadstoff-Aktionsplan angekündigt wurde, sollen europäische Wettbewerbsvorteile und Innovationen durch die Förderung nachhaltiger Chemikalien gesichert, der Regulierungsprozess vereinfacht und gestrafft, der Aufwand verringert sowie die menschliche Gesundheit und die Umwelt geschützt werden. (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, 4. Quartal 2023)	MEKUN
Ein Europa für das digitale Zeitalter			
Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen			
Förderung unserer europäischen Lebensweise			

⁴ Dieser Anhang enthält die wichtigsten REFIT-Überarbeitungen, die die KOM im Jahr 2023 durchführen wird.

Nr.	Bezeichnung	Vereinfachung - Ziele und Potenziale (kurze Beschreibung der REFIT-Ziele der Überarbeitungen und des Vereinfachungspotenzials im Hinblick auf Evaluierungen und Eignungsprüfungen)	Ressort(s)
	Neuer Schwung für die Demokratie in Europa		